

STÄRKUNG DER RECHTE PROSTITUIERTER

Die Entscheidung zur Ausübung der Prostitution fällt unter das Recht auf freie Berufswahl sowie unter das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung.

Die Entscheidung zur Ausübung der Prostitution ist daher von Staat und Gesellschaft zu akzeptieren.

Die Diskriminierung und Kriminalisierung von Sexarbeitern und ihren Kunden lehnt die Piratenpartei ab.

ABSCHAFFUNG BLOSSEN MORALSTRAFRECHTS

Auch stellt sich die Frage, ob ein moderner Staat das Recht hat, bestimmte Moralvorstellungen durchzusetzen, indem er entsprechende Verhaltensweisen unter Strafe stellt, obwohl sonst kein Rechtsgut Anderer verletzt wurde.

Beispiele hierfür sind die §§ 173 und 184 StGB, die den Beischlaf zwischen einwilligungsfähigen volljährigen Verwandten und die Verbreitung pornografischer Schriften und sei es nur durch den Versand an einen willigen Empfänger unter Strafe stellen.

Diskriminierend ist auch § 183 StGB, der nur exhibitionistische Handlungen von Männern, nicht aber von Frauen unter Strafe stellt.

DAFÜR STEHEN WIR

Die Piratenpartei engagiert sich für die Gleichstellung aller Menschen und aller Beziehungsformen.

Die heute bestehende rechtliche Kluft zwischen Menschen verschiedener sexueller Identitäten passt nicht zu einem modernen Gesellschaftsbild.

Jede Diskriminierung ist Unrecht. Niemand darf aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle, der sexuellen Identität oder der sexuellen Orientierung diskriminiert werden.

Die freie Selbstbestimmung der sexuellen Identität muss respektiert und gefördert werden.

WIR FORDERN

Rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe.

Anerkennung der Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität als Asylgrund.

Erweiterung der eingetragenen Partnerschaft zu eingetragenen Lebensgemeinschaften.

Gemeinschaftliche Adoptionen sollen auch für gleichgeschlechtliche Paare legal möglich werden.

**PIRATEN
DENKEN
QUEER!**

V.i.S.d.P.: Mike Nolte
Piratenpartei Deutschland
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin



Zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik

Die Piratenpartei steht für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik basierend auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung. Jeder muss sich frei für den selbstgewählten Lebensentwurf und die von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können. Unser Zusammenleben darf nicht auf der Vorteilnahme oder Ausbeutung Einzelner gründen.

Freie Selbstbestimmung der sexuellen Identität

Wir stehen für eine Politik, die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung respektiert und fördert. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen lehnen wir ab. Diskriminierung ist Unrecht. Gesellschaftsstrukturen, die sich aus Geschlechterrollenbildern ergeben, werden dem Individuum nicht gerecht und müssen überwunden werden. Die Piratenpartei lehnt die Erfassung des Merkmals „Geschlecht“ durch Behörden ab. Der Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen ist abzuschaffen. Geschlechtszuordnende Operationen bei Kindern sind abzulehnen.

Weltweiter Schutz vor Verfolgung und Diskriminierung

Verfolgung aufgrund der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung ist Unrecht. Wenn solche Verfolgung im Herkunftsland offiziell oder inoffiziell von staatlicher oder nichtstaatlicher Seite betrieben wird, muss sie als Asylgrund anerkannt werden. Ein Nachweis dafür ist nicht hinnehmbar.

In vielen Ländern der Welt werden Menschen wegen ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung diskriminiert oder kriminalisiert. Dies lehnen wir ab. Geschlechtliche oder sexuelle Identität bzw. Orientierung darf nicht als Krankheit oder Perversion eingestuft werden.

<http://prtn.de/queer>



Freie Selbstbestimmung und Familienförderung

Unabhängig vom gewählten Lebensmodell verdienen Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder Menschen versorgt werden, einen besonderen Schutz und dürfen nicht zu Diskriminierung führen. Das Ehegattensplitting ist abzuschaffen.

Steuerliche Vergünstigungen für Einzelpersonen oder Lebensgemeinschaften sind an die Versorgung von Kindern und schwachen Menschen zu binden.

Um die freie Selbstbestimmung eines Lebensentwurfes zu ermöglichen, sind ausreichende Betreuungsangebote für Kinder zu schaffen. Darauf muss es einen Rechtsanspruch von Geburt an geben. Kinder bekommen, adoptieren und aufziehen zu dürfen, muss von geschlechtlicher Identität bzw. Orientierung unabhängig sein.

Bekenntnis zum Pluralismus des Zusammenlebens

Wir setzen uns für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Politik muss dem gerecht werden und eine freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermöglichen. Strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab.

Die eingetragene Partnerschaft - auch von mehr als zwei Personen - ist für alle Formen der Partnerschaft zu öffnen und der Ehe gleichzustellen.

Angelehnt an das französische PACS-Modell, ist die eingetragene Lebenspartnerschaft als ziviler Solidarpakt zu gestalten.